

2002: Zehn Jahre nach der offiziellen Streitbeilegung

Alessandra Zendron

Die formelle Streitbeilegung vor den Vereinten Nationen war für die Geschichte Südtirols von äußerster Bedeutung und auch für die europäische Geschichte von Belang: Es wurde damit ein Schlussstrich unter einen Konflikt gezogen, der Italien und Österreich 32 Jahre lang in Bezug auf die Südtirol-Frage entzweit hatte. Wenn eines der Wesensmerkmale des neuen Europa nach wie vor die Befriedung durch Dialog und Konsens sein soll, so ist die Beilegung des ethnischen Konflikts in diesem kleinen Land im Herzen der Alpen eine Erfahrung, die als Denkanstoß dienen kann.

Mit der Aushändigung der Streitbeilegungserklärung an den Generalsekretär der UNO Boutros Boutros Ghali am 19. Juni 1992 wurde ein Schlussstrich unter einen Konflikt gezogen, der sich in unterschiedlicher Ausprägung über ein Jahrhundert hingezogen hatte. Er setzte mit den Nationalismen im auslaufenden 19. Jahrhundert ein, infolge derer sich die Beziehungen zwischen den verschiedensprachigen Bevölkerungsgruppen im mehrsprachigen Habsburgischen Tirol merklich verschlechterten, und verschärfte sich unter der Herrschaft von Faschismus und Nationalsozialismus. Der Konflikt dauerte auch in der Nachkriegszeit an; erst in den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts zeichnete sich eine friedliche Lösung ab. Es war eine lange Zeit der Unterdrückung der lokalen Minderheiten und des gegenseitigen Unrechts in der heutigen Autonomen Provinz Bozen, die zur Republik Italien gehört, aber nicht nur an Österreich grenzt, sondern auch kulturell und historisch nahe steht.

Der erste Versuch, den Zwist friedlich zu bereinigen, geht auf das Jahr 1946 zurück. Italien und Österreich unterzeichneten im Kontext des Friedensvertrages der Alliierten mit Italien das Pariser Abkommen. Das war eine erstaunliche Neuerung im Vergleich zur Art und Weise, wie man bis zu diesem Zeitpunkt (und später) Probleme zwischen unterschiedlichen, aber im selben Gebiet lebenden Bevölkerungsgruppen löste: Anstatt die Minderheiten zu entnationalisieren oder auszusiedeln, wurde dem Gebiet eine Autonomie als Basis für ein friedliches Zusammenleben gewährt, einschliesslich von Bestimmungen zum Schutz der Sprache und der Kultur der nationalen Minderheit.

Ich habe mich schon immer über die Unfähigkeit gewundert, uns über Ereignisse zu freuen, die ein Stück weit Frieden in der Welt umzusetzen vermochten. Noch immer ist es allgemein üblich, der Siege und der Opfer zu gedenken, wodurch die Demütigung der Besiegten fortgeführt wird. Das gilt für jedes Land und es gilt auch für Südtirol, in dem eine Seite allzu lang versucht hat, die andere loszuwerden, zwar auf nicht so gewalttätige Weise wie anderswo, jedoch zweifellos in unverhohlener Feindschaft. Andererseits haben sich auch viele ihr Leben lang dafür eingesetzt, entgegen der schrecklichen Versuchung der Nationalismen und gegenseitigen Verdrängung dem friedlichen Zusammenleben zum Durchbruch zu verhelfen.

Der glückliche Ausgang dieses Bemühens im Jahre 1992, als in Jugoslawien Bruderkriege geführt wurden, war nicht selbstverständlich. Parteien und Sprachgruppen ist es dieses Mal gelungen, die jeweiligen Ängste zu überwinden, die bis zum letzten Augenblick vorhanden waren und zum Grossteil auf der Unfähigkeit beruhten, sich gegenseitig zu vertrauen.

Und trotzdem wurde nicht gefeiert.

Den direkt Betroffenen, der einheimischen Bevölkerung wurde die Bedeutung des Geschehenen nicht wirklich bewusst, nämlich dass die Streitbeilegung vor den Vereinten Nationen mit Zustimmung der in den Streit verwickelten Bevölkerung erfolgt war.

Am 5. Juni 1992 anlässlich der Debatte im österreichischen Nationalrat in Wien, der über die Gewährung der Streitbeilegungserklärung an Italien abstimmen musste, umriss die Abgeordnete Marijana Grandits (Grüne) die Zukunft Südtirols mit einfachen und klaren Worten: „Nun ist es, glaube ich, an der Zeit für die Bevölkerung in Südtirol, dass sozusagen der Normalzustand eintritt, dass man zum Alltag übergeht, und gerade die Bevölkerung aller Sprachgruppen in Südtirol wird dazu übergehen müssen, unmittelbare Beziehungen zueinander, ohne Umweg über Innsbruck, Wien oder Rom, aufzubauen.“ Auch Andreas Khol sprach im Namen der SVP zum ersten Mal allen Einwohnern Südtirols gleiche Bürgerrechte zu: „Heute leben in Südtirol 430.000 Südtiroler, die drei Sprachen sprechen.“

In den darauf folgenden zehn Jahren wurde diesem denkwürdigen Ereignis nicht die gebührende Aufmerksamkeit geschenkt. Aus politisch-strategischen Gründen gingen manche sogar soweit zu leugnen, dass es sich um eine endgültige Streitbeilegung gehandelt habe, und ließen durchsickern, dass der Rückzug von Autonomie und Zusammenleben im Bereich des Möglichen liege.

Aber die lange Zeit des Zusammenlebens blieb nicht ohne Folgen. Nur wenigen gilt das Modell Südtirol heute nicht als beispielhaft für die Lösung ethnischer Konflikte. Einige Grundzüge der Konfliktlösungsstrategie und des derzeitigen Modells gelten heute trotz unvollständiger Umsetzung als Bezugspunkt für all jene, die sich mit dem Zusammenleben verschiedener Sprach- oder ethnischer Gruppen im selben Territorium auseinandersetzen haben: der Konsensweg, die Verpflichtung, gemeinsam zu regieren, die Gleichstellung der Sprachen, die Achtung der Unterschiede, die Erlassung von Sonderbestimmungen zur Gewährleistung der Gleichheit, die Kenntnisse der Landessprachen als potentielles Instrument einer gelebten Plurikulturalität.

Um diese Erfahrungen nutzbringend umsetzen zu können, muss man sie kennen und verstehen. Dabei wurde viel Zeit vergeudet.

Nicht zufällig, sondern aufgrund kurzsichtiger Entscheidungen gibt es in Bozen kein Institut für Zeitgeschichte, das jungen Menschen eine Geschichtsschreibung anbieten konnte, in der sich beide oder vielmehr alle drei Sprachgruppen wieder erkennen können, anstatt sich mit einer einseitigen und weiteren Hass schürenden Geschichtsschreibung zufrieden zu geben. Wenn man die Vergangenheit nicht kennt, wird man leicht Opfer von Mythenetzählern oder glaubt, dass Identität durch Einbalsamieren der Gegenwart anstatt durch Auseinandersetzung mit der Modernität bewahrt werden kann; eine Identität die de facto eingefroren und widersprüchlich ist. Nicht alles kann beibehalten werden; wichtig ist, dass wir uns darüber klar werden, was zählt, auf welchem Sockel wir das Haus der Zukunft errichten wollen.

Das Südtirolproblem ist eine große Herausforderung. Mit der Streitbeilegung und dem damit verbundenen Beginn der „Normalität“ waren alle Sprachgruppen aufgefordert, darauf zu vertrauen, dass mit dem Autonomiestatut, der lokalen Verfassung, die Rechte aller geschützt werden; zudem wurde von allen gefordert, Verantwortung für das Land zu übernehmen. Grandits bezeichnete die Autonomie als „Baum des guten Zusammenlebens“. Damit er gedeiht, muss es allen Bürgerinnen und Bürgern jeder Sprache und unabhängig von der Dauer ihrer Ansässigkeit erlaubt sein, ihn zu pflegen.

Die Autonomie und das Zusammenleben sind – wie die Freiheit – unteilbare Werte. Deshalb ist es so wichtig der Ereignisse von 1992 zu gedenken, zumal sie einen entscheidenden Schritt in Richtung Abbau der alten Feindseligkeit zwischen Italien und Österreich darstellten, und der Südtiroler Bevölkerung die Möglichkeit eröffneten, ihrerseits das gegenseitige Misstrauen aufzubrechen.